

Zum Mediationsgesetz

Das Bundesjustizministerium hat in Umsetzung einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates vom 21. Mai 2008 den Entwurf für ein Mediationsgesetz vorgelegt. Ziel ist es, die Mediation und andere Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung zu fördern. In ihrer Stellungnahme hat die bke die Stärkung der Anwendung von Mediation als einem alternativen Verfahren der Konfliktbeilegung begrüßt, jedoch zu einzelnen Regelungen noch Gestaltungshinweise gegeben. Dies betrifft:

Richterliche Vermittlung

Der Entwurf des Mediationsgesetzes unterscheidet zwischen außergerichtlicher, gerichtsnaher und richterlicher Mediation. Dabei soll richterliche Mediation durch einen nicht entscheidungsbefugten Richter erfolgen. Die bke hat darauf aufmerksam gemacht, dass

die im Mediationsgesetz vorgesehenen Kompetenzen eines Mediators hinaus. Die gesetzlichen Regelungen zur Mediation/ Vermittlung müssen aufeinander abgestimmt werden.

Verschwiegenheitspflicht

§ 4 des Entwurfs sieht eine Regelung der Verschwiegenheitspflicht von Mediatoren und Mediatorinnen vor. Die bke begrüßt, dass damit das Maß der Verschwiegenheit unabhängig von den Grundberufen der Mediatoren einheitlich geregelt werden soll. Insbesondere begrüßt sie, dass die Situation einer möglichen Kindeswohlgefährdung in den Blick genommen wird. Doch die Begründung des Gesetzentwurfs bindet eine mögliche Offenbarung an die engen Voraussetzungen des rechtfertigenden Notstands nach § 34 StGB, der eine »gegenwärtige« und »nicht anders abwendbare Gefahr« voraussetzt. Die vorgeschlagene Regelung

von Kindern und Jugendlichen – unabhängig von den Grundberufen der Berufsgeheimnisträger, denen ihre Gefährdung bekannt wird – ein. Die bke plädiert daher dafür, § 4 Nr. 2 MediationsG-E entsprechend der im Bundeskinderschutzgesetz künftig zu regelnden Befugnisnorm zu fassen und ggf. ausdrücklich auf diese Regelung zu verweisen.

Finanzierung von Mediation

Mediation außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe ist von den Medianten mit den jeweiligen Honorarsätzen der Mediatorinnen und Mediatoren zu vergüten. Dabei kann das Problem auftreten, dass Eltern, die neben dem Sorge- und Umgangsrecht für ihr gemeinsames Kind auch Scheidungsfolgesachen regeln müssen und vom Familiengericht entsprechend § 135 FamFG auf Mediation oder andere Verfahren der außergerichtlichen Konfliktregelung verwiesen werden, finanziell nicht in der Lage sind, die Kosten einer privatgewerblichen Mediation zu tragen. Dieser Personenkreis kann in aller Regel jedoch einen Anspruch auf Verfahrenskostenhilfe nach §§ 76ff FamFG geltend machen. Dadurch ergibt sich für diese Eltern praktisch ein Zwang, im gerichtlichen Verfahren zu verbleiben. Das läuft den Intentionen des Mediationsgesetzes zuwider. Die bke ist daher dafür eingetreten, dass Verfahrenskostenhilfe im FamFG auch dann gewährt wird, wenn an Stelle des gerichtlichen Verfahrens Mediation oder ein anderes Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung gewählt wird.

Der vollständige Text der Stellungnahme erscheint in der *Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe – ZKJ*, Heft 1/2011



§ 165 FamFG bereits eine Vermittlung des Gerichts in Umgangssachen vorsieht. Das Gericht ist in diesen Fällen befugt, ggf. Ordnungsmittel zu ergreifen, Änderungen an der Umgangsregelung sowie Maßnahmen zum elterlichen Sorgerecht zu bestimmen (Abs. 5). Dies geht über die üblichen (und auch über

erhöht daher den Schutz der Kinder nicht, sondern paraphrasiert lediglich geltendes Recht. Die aktuelle Debatte um ein Bundeskinderschutzgesetz wird mit der vorgesehenen Regelung nicht aufgenommen.

Die bke tritt nachdrücklich für einen einheitlichen rechtlichen Schutz